



Die Händler im Grenzgebiet zu Polen erklären, warum sie sauer sind

Anleitung Seite 82

**E**in gutes Geschäft, dachte sich Martin Branding, als er den 100.000-Euro-Mährescher endlich verkauft hatte. Zwei Monate hatte der grün-weiße Koloss auf dem Hof des Geschäftes für Landmaschinen gestanden, bis sich endlich ein Käufer fand. Der geplante Reingewinn betrug paar Tausend Euro. Doch bei der letzten Inspektion vor dem Kauf stellte der Kunde fest: Der Mährescher war eine leere Hülle auf vier Rädern.

VON MANUEL BEWARDER, EVA MARIE KOGEL UND MARTIN LUTZ

Die Täter hatten sich wohl nachts auf das Gelände geschlichen, die Verkleidung des Mähreschers abmontiert und das teure Innenleben mitgenommen. Branding weiß nicht, wann das gewesen sein muss, vielleicht schon vor Wochen. Branding, ein 1,90-Meter-Mann aus der Uckermark, war mal wieder Opfer von Dieben geworden. „Mittlerweile ist das ganz normal“, sagt er.

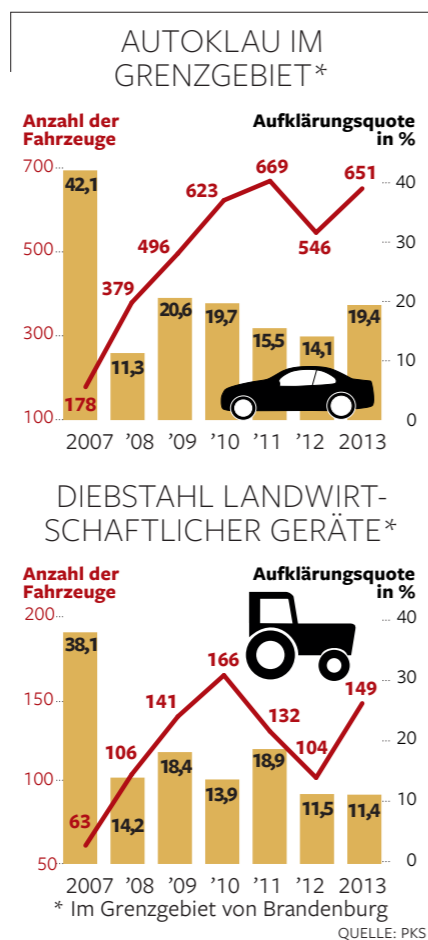
Östlich von Berlin gibt es viel Wald, viele Seen – und immer weniger Einwohner. Nach Unesco-Kriterien gelten manche Gegenden gar als unbesiedeltes Gebiet. Die Grenze nach Polen ist lang, mehr als 450 Kilometer, und verläuft weithin durch wilde Natur. Nur vereinzelt gibt es Städte. Ein Paradies für Kriminelle.

Als im Jahr 2007 die Grenzkontrollen zu den östlichen Nachbarstaaten Polen und Tschechien abgeschafft wurden, jubelten die Politiker. Sie feierten die neue Reisefreiheit im Schengen-Raum. „Weniger Sicherheit“ werde es nicht geben, versprach der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU).

Doch das war ein Irrtum. Die Bundesländer entlang der Grenze zu Polen und Tschechien bekommen bis heute die Kriminalität nicht in den Griff. Mit dem Abbau der Schlagbäume schoss die Zahl der Straftaten hoch – und hat sich auf diesem hohen Niveau eingependelt. Diebe ziehen durch ganze Siedlungen, brechen in Wohnungen ein, klauen Autos und neuerdings vermehrt Fahrräder. Auch landwirtschaftliche Geräte und Maschinen wie Traktoren oder eben Mährescher sind sehr beliebt.

## Bauer sucht Traktor

Die Polizei bekommt die Diebstähle an der Grenze zu Polen nicht in den Griff. Ein neues Abkommen mit dem Nachbarland soll jetzt für Besserung sorgen



Die Bevölkerung fühlt sich oftmals nicht mehr sicher. Mittlerweile laufen sogar Bürgerwehren Patrouille. Sie haben das Vertrauen in den Staat verloren. Im Wahlkampf zur Europawahl sprechen rechte Parteien und Rechtspopulisten diese Wut der Bürger gezielt an. Wer durch Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Sachsen fährt, sieht vielerorts Plakate mit Slogans wie „Grenzkriminalität stoppen“.

Brandings Mährescher ist also alles andere als ein Einzelfall. Im vorigen Jahr verschwanden in ganz Brandenburg 830 Landmaschinen und Geräte, davon 149 in den Grenzgemeinden (siehe Grafik). Sieben Jahre zuvor waren es insgesamt 732. Besonders die Eigentumsdelikte in der Grenzregion haben im vergangenen Jahr wieder zugenommen. Die Polizei registrierte laut Kriminalstatistik in den 24 an der Grenze gelegenen Gemeinden mehr als 22.000 Straftaten – das ist ein Anstieg von 9,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit Jahren klagen diese Gemeinden über eine 20 bis 30 Prozent höhere Kriminalitätsbelastung als im gesamten Land. Das größte Delikt sind dabei Diebstähle mit 44 Prozent aller erfassten Verbrechen. Auch diese Zahl steigt – und nur jeder dritte Diebstahl wird aufgeklärt.

Die Täter kommen nicht unbedingt aus Polen oder Tschechien, auch wenn das Wohlstandsgefälle zu diesen beiden Ländern noch immer hoch ist. Oftmals dienen die östlichen Nachbarn lediglich als Transitstaaten für Diebe und Banden aus Nicht-EU-Staaten. Manchmal wohnt der Täter aber auch im gleichen Dorf – wenn zum Beispiel mal wieder Benzin geklaut wird.

Es ist immer wieder ein mulmiges Gefühl für Branding, wenn mitten in der Nacht sein Alarm losgeht, er sich schnell etwas überzieht und zu seinem Geschäft eilt. Den Schaden allein für sein Landmaschinen-Geschäft schätzt er auf mittlerweile 100.000 Euro. Schützen kann er sich nicht wirklich. Für 40.000 Euro hat er einen neuen Zaun gekauft. Für 20.000 Euro ein neues Tor.

Am schlimmsten ist für ihn jedoch der Verlust von Lebensqualität. Branding muss rund um die Uhr erreichbar sein. Schlägt der Alarm an, ist Branding verpflichtet, persönlich nach dem Rechten zu schauen – sonst zahlt die Versicherung nicht. Mehrfach im Monat fährt er im Dunklen in den Betrieb. „Meine Familie hat dabei einfach Angst“, erzählt er. „Man weiß ja nie, wer hier rumrennt und einem vielleicht eins über den Schädel zieht.“

Mario Henseler kennt das, wenn der Osten zum Wilden Westen wird. Der Geschäftsführer eines Autohauses in Schwedt saß eines abends noch im Büro, um Rechnungen zu schreiben. Er war allein. Plötzlich hörte er Geräusche im Hof, jemand machte sich am Betriebstor zu schaffen. Als er vorsichtig aus dem Fenster schaute, sah er drei vermummte Gestalten, die über den Zaun kletterten.

Henseler brüllte laut, schlug gegen das Fenster – und hatte damit sogar Erfolg: Die Diebe ergriffen die Flucht. Der 42-Jährige ist kein ängstlicher Mensch, doch jetzt brauchte er Hilfe. Was sollte er tun, wenn die Diebe zurückkommen?

Henseler wählte 110. Doch die Polizeidienststelle in Schwedt war nicht mehr besetzt, stattdessen landete sein Anruf im 100 Kilometer entfernten Frankfurt an der Oder. Bis schließlich ein Streifenwagen bei ihm angekommen war, dauerte es mehr als zwanzig Minuten. „Mir blieb nichts anderes übrig, als meine großen Söhne anzurufen. Die waren

schneller.“ Ob er nach diesem Vorfall noch Vertrauen in die Polizei habe? Fehlanzeige. „Es wird sich nichts bessern“, sagt Henseler. „Weil die nötigen Finanzen nicht bereitstehen und das Personal auch nicht so motiviert ist, wie man sich das vorstellt.“

Es ist nicht so, dass der Politik entgegensteht, was im Grenzland los ist. Vielmehr spricht jeder Innenminister und jeder Ministerpräsident darüber. Die Liste der Maßnahmen und Sondereinsätze ist lang. Selbst kleine Erfolge werden gemeldet: Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern etwa berichteten in diesem Frühjahr von einem leichten Rückgang der Fallzahlen. Doch eine Trendwende ist nicht in Sicht.

Deutschland und Polen wollen nun die Zusammenarbeit verbessern. In dieser Woche soll ein neues Polizeiabkommen unterzeichnet werden.

Schon heute fahren die Beamten beider Länder zusammen Streife und gründen gemeinsame Fahndungsgruppen. Nun aber will man nachlegen und auch die rechtliche Grundlage der Schengen-Realität anpassen. Dann dürfen deutsche und polnische Polizisten Verdächtige bis ins Nachbarland verfolgen und notfalls auch ihre Waffen benutzen. Das Problem, das weniger Polizisten eingesetzt werden, ist damit jedoch nicht gelöst.

In Brandenburg helfen die drei Hundertschaften Bereitschaftspolizisten, die 2012 nur zeitweise in die Grenzregion beordert wurden, längst dauerhaft aus. Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) sagt, man setze „alle polizeilichen Kräfte ein, über die wir im Land verfügen. Genau dafür ist die Polizei da.“ Polizisten als Verschiebemasse? Das hat vor allem einen Grund: Überall wird eingesetzt – das trifft auch die Polizei. Die Grenzregionen sind besonders betroffen: Hier zieht sich nicht nur die Landespolizei zurück, sondern auch die Bundespolizei.

Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen haben sich die Aufgaben des früheren

Bundesgrenzschutzes stark verändert. Mehr noch als um die Außengrenzen kümmern sich die Beamten um Flughäfen und Bahnhöfe. Es ist daher kein Wunder, dass vor Kurzem ein Schreiben der Spitze der Bundespolizei auf dem Schreibtisch von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) landete: „Ohne gezielte sicherheitspolitische Intervention droht das System der gegenseitigen Unterstützung von Bund und Ländern zu kollabieren“, heißt es in dem Brandbrief. Entgegen der vorgeschriebenen Aufgabenverteilung plant die Länder die Bundespolizei fest mit ein. „Das primär auf Ressourcenschonung ausgelegte Handeln einiger Länder im Bereich der öffentlichen Sicherheit führt dazu, dass normale polizeiliche Einsatzenläufe zu notstandsähnlichen Gefahren erklärt werden.“

Dem Minister wird klargemacht, dass insbesondere die Personalhaushalte der drei Länder an der Grenze zu Polen gestärkt werden sollten, damit die Bundespolizei sich den Problemen beispielsweise in den „westlichen Ballungszentren“ der Republik verstärkter zuwenden könne.

Jörg Radek, Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei bei der Gewerkschaft der Polizei, sieht das genauso: „Die Bundespolizei ist nicht die Behörde, die vordringlich für geklaute Pkw, Landmaschinen und Wohnungseinbrüche zuständig ist.“ Derzeit werde man aber just bei diesen Delikten angefordert.

In der Uckermark, bei Martin Branding, verlief die Suche nach den Dieben übrigens so erfolglos wie fast immer. „Uns wird natürlich gesagt, dass die Polizei ewig weiterermittelt“, sagt Branding. „Aber wenn wir mal ehrlich sind: ob das Diebesgut gefunden wird – das ist doch eine Frage von Glück und Zufall.“ Auf die Polizei setzt er jedenfalls nicht mehr. Die Aufklärungsquote beim Diebstahl von landwirtschaftlichen Maschinen beträgt in den Grenzgebieten gerade einmal 11,4 Prozent.



## „In den Mädchen sehen wir unsere Töchter“

Üblicherweise wendet sich US-Präsident Barack Obama jeden Samstag in seiner wöchentlichen Radioansprache an die Nation, um seine Politik oder die wichtigsten politischen Ereignisse zu erläutern. Doch diesmal ergriff seine Frau Michelle das Wort, erstmalig. Zum Muttertag zeigte sich die First Lady empört und schockiert über die Entführung von mehr als 200 Mädchen durch die islamistische Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria. Der Fall breche ihr wie auch ihrem Mann Barack Obama das Herz, sagte sie. „In diesen Mädchen sehen Barack und ich unsere

Michelle Obama ruft in einem bewegenden Appell dazu auf, die entführten Mädchen in Nigeria zu suchen. Es gibt erste Spuren

elitesoldaten haben mithilfe von Satellitentechnik nun Hinweise auf den Standort im Sambisa-Wald gefunden, an dem die Terrorsekte zumindest einige Mädchen versteckt halten könnte, berichtete die nigerianische Zeitung „Vanguard“. Sie berief sich auf nicht näher beschriebene Militärkreise, die entsprechenden Informationen seien an die Streitkräfte weitergegeben worden.

Eine offizielle Bestätigung gibt es nicht, der „Vanguard“ gilt auch nicht als Inbegriff journalistischer Sorgfalt. Doch knapp einen Monat nach der Entführung

sehnt sich die Nation nach Erfolgsmeldungen. Obwohl hoffnungslos überfordert, hatte die Regierung, die vor einigen Monaten stolz den Aufstieg Nigerias zur größten Volkswirtschaft Afrikas verkündet hatte, nach der Entführung am 14. April internationale Hilfsangebote brüsk abgelehnt.

Erst vor einer Woche wurde der Druck dann doch zu groß. Täglich demonstrieren Zehntausende in Nigerias Großstädten gegen das Versagen der Regierung. Laut „Amnesty International“ wurden die Sicherheitskräfte von Zivilpatrouillen schon Stunden vor dem Angriff gewarnt, hätten aber nicht reagiert. Stattdessen erklärte ein Regierungssprecher die Krise schon nach zwei Tagen für beendet, die meisten Mädchen seien befreit worden. Eine unverschämte Lüge.

Bei Twitter wurde der Hashtag #BringBackOurGirls millionenfach verwendet. Endlich gab Nigerias lethargischer Präsident Goodluck Jonathan nach. Die USA und England durften Elitesoldaten entsenden, Frankreich forciert die Stationierung von 3000 Solda-

ten in der zunehmend von Islamisten bedrohten Region.

Die Zeit drängt. Mindestens zwei Mädchen sollen an Schlangenbissen gestorben, 20 schwer krank sein. Per Videobotschaft hatte der sichtlich stolze Boko-Haram-Anführer Abubakar Shekau androht, die Mädchen als Bräute feilzubieten. „Bei Allah, ich werde sie auf dem Marktplatz verkaufen“, tonte er. Das ist keineswegs eine neue Finanzierungspraxis der Terroristen, in einigen Regionen Nordnigerias werden junge Frauen schon für zehn Euro zwangsverheiratet. Islamische Geistliche der Region, die sich sonst bei Terroranschlägen nur selten zu Wort melden, haben die Entführung ungewöhnlich scharf kritisiert. Sie riefen dazu auf, entsprechende Angebote von Boko Haram abzulehnen.

Nicht weit von Chibok, wo sich das Internat der Mädchen befand, schlug die Terrorsekte Anfang Mai derweil erneut zu. In den Dörfern Warabe und Wala wiederholte sich der Alptraum. Als Soldaten verkleidete Terroristen stürmten die Dörfer, plünderten Häuser und ver-

schleppten elf weitere Mädchen. Vielen Christen, aber auch moderaten Muslimen, die eine Einführung eines islamischen Gottesstaats nicht wollen, bleibt nur die Flucht. Zusätzlich zu 250.000 Binnenflüchtlingen kommen 61.000, die in die Nachbarländer Kamerun, Tschad und Niger ausreisten – die Mehrheit davon Frauen. Die Anzahl und Brutalität der Attacken während der vergangenen beiden Monate sei „bislang unerreicht und alarmierend“ gewesen, warnte die UN-Flüchtlingsagentur UNHCR.

Der Kampf von Boko Haram gegen den säkulareren Staat scheint zumindest in drei Provinzen gewonnen. Sie sind unregierbar geworden, die meisten Schulen und viele Verwaltungsgebäude sind geschlossen. Seit Anfang Mai ermordete Boko Haram allein in der Stadt Gaboru Ngala mehr als 300 Menschen. „Wir haben nicht genug Platz, deshalb müssen wir zehn Körper in jedes Grab legen“, berichtete der Anwohner Kolo Abbaram der Zeitung „Daily Trust“.

Es gibt aber auch Tausende, die sich für die Flucht nach vorn entschieden ha-

ben. In Chibok waren es Frauen, die als erste Suchkommandos im Sambisa-Wald organisierten, in die sich die Armee nicht traute. „Wir sind bereit, für sie unser Leben zu riskieren“, sagte die Frauenrechtlerin Hauwa Abdu Bui. Und so zählten auch Frauen zu den 200 Freiwilligen, die mit Macheten, Pfeil und Bogen losmarschierten, den Kämpfern von Boko Haram klar unterlegen. Die Organisation pflegt längst Verbindungen zu internationalen Terrornetzwerken und verfügt selbst im Vergleich zur Armee oft über die besseren Waffen. Die Bürger kehrten nach wenigen Tagen verzweifelt um. „Wenn uns Soldaten begleitet hätten, dann hätten wir sie retten können“, sagte Mallam Shettima Yau Haruna, dessen Tochter zu den Entführten gehörte.

So aber blieb den Terroristen wochenlang Zeit. Die Mädchen wurden wahrscheinlich in kleinere Gruppen aufgeteilt. Der Sambisa-Wald ist mit Militärfahrzeugen kaum befahrbar. Und die Fläche ist fast so groß wie Bayern. Es scheint, als habe das Martyrium der Mädchen gerade erst begonnen.

VON CHRISTIAN PUTSCH

eigenen Töchter. Wir sehen ihre Hoffnungen, ihre Träume, und wir können nur erahnen, welche Ängste ihre Eltern gerade ausstehen.“ Obamas Töchter Malia und Sasha sind 15 und zwölf Jahre alt.

Der Fall geht nicht nur der amerikanischen Präsidentenfamilie nahe, sondern erregt gleichermaßen Wut und Sorge auf der ganzen Welt. Von den USA entsen-